

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

O blicke, wenn den Sinn dir will
die Welt verwirren,
Zum ewigen Himmel auf, wo nie die
Sterne irren.

Küderl.

Schwierigkeiten ohne Ende

Von Franz Ehrhardt.

Wie unsere Kollegen aus der Tagespresse erfahren haben, herrschte in Deutschland in den letzten Tagen wieder einmal eine schwere politische Krise. In Paris hatten die interalliierten Mächte unerfüllbare Forderungen formuliert, die Deutschland annehmen sollte. Die deutsche Regierung war zu der Londoner Konferenz, die vor einiger Zeit dort stattfand, eingeladen worden. Die Gegenanschläge, die der deutsche Außenminister machte, fanden bei den interalliierten Mächten keine Gegenliebe. Das ganze deutsche Volk war sich einig darüber, daß die in Paris aufgestellten Forderungen an Deutschland in der Höhe von etwa 226 Milliarden Mark nicht gezahlt werden könnten. Die Londoner Konferenz endete damit, daß die Ententemächte einige größere Städte am Rhein besetzten.

Inzwischen war in Frankreich in den letzten Wochen eine Kriegsstimmung erzeugt worden. Unter allen Umständen wollte man Deutschland zwingen, das Pariser Diktat mit 226 Milliarden anzunehmen. Wiederum hatten sich die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans in London versammelt, um darüber zu beraten, wie Deutschland veranlaßt werden könnte, hohe Kriegsschuldungen zu leisten. Die Franzosen hatten bereits andeutet, daß sie am 1. Mai das Ruhrrevier besetzen wollten. Alle Vorbereitungen zur Durchführung der Besetzung waren von der französischen Militärverwaltung bereits getroffen. Wahrscheinlich lag England daran, die Besetzung nach Möglichkeit zu verhindern, nicht in unserem, wohl aber in seinem eigenen Interesse. Lloyd George, der englische Ministerpräsident, hatte deshalb wohl die Vertreter der interalliierten Mächte nach London eingeladen. In London wurde ein Ultimatum ausgearbeitet, das der deutschen Regierung zugestellt wurde und bis zum 12. Mai angenommen werden sollte, widrigenfalls die Besetzung des Ruhrreviers und andere Zwangsmaßnahmen in Aussicht gestellt wurden.

Die wichtigsten Bedingungen des Londoner Ultimats umfassen drei Punkte:

1. Die Durchführung der Entwaffnung, insbesondere die Auflösung der Einwohnerwehren.
2. Die Aburteilung der angeblichen Kriegsverbrecher.
3. Die Bezahlung oder die Anerkennung einer Schuld von 132 Milliarden Mark.

Es soll nicht verkannt werden, daß auch die Entwaffnungsfrage und die Aburteilung der „deutschen Kriegsverbrecher“ für uns mehr als unangenehm sind. Aber weit wichtiger ist doch die Frage der Kriegsschuldung, die Deutschland den Ententemächten zahlen soll. Was wird von uns gefordert? Zunächst soll Deutschland innerhalb 37 Jahren 33 Milliarden Goldmark verzinsen und amortisieren, wofür jährlich zwei Milliarden Goldmark erforderlich sind. Außerdem sollen 99 Milliarden Goldmark innerhalb 37 Jahren dadurch beglichen werden, daß 26 Prozent unserer Ausfuhr an die Ententemächte abgeliefert werden. Die 132 Milliarden Goldmark sind berechnet worden von der sogenannten Reparationskommission, die den Auftrag hat, den Schaden festzusetzen, der durch die Kriegsführung angerichtet worden ist. Ob diese 132 Milliarden Goldmark wirklich erforderlich sind, um den von Deutschland angerichteten Schaden wieder gut zu machen, steht dahin. Jedenfalls hat die Reparationskommission eine derartige hohe Summe herausgerechnet.

Es war nun die Frage, ob Deutschland dieses Ultimatum annehmen sollte und damit die Verpflichtungen unterschreiben, oder ob man die Zwangs-

maßnahmen über sich ergehen lassen sollte. Wir fanden uns in den letzten Wochen wieder einmal in einer ähnlichen Lage, wie im Juni 1919, als der Friedensvertrag zur Annahme stand. Auch damals war bei Ablehnung mit einer weiteren Besetzung deutschen Landes zu rechnen. — Im deutschen Reichstag hatte das Ultimatum zunächst zur Folge, daß eine Ministerkrise entstand. Das Ministerium Fehrenbach beschloß, seine Entlassung zu fordern. Es handelte sich nun darum, ein Ministerium zu bilden und eine Mehrheit im Reichstag zu finden, die bereit war, das Ultimatum entweder anzunehmen oder abzulehnen. Es wurde ein Ministerium gebildet mit dem Reichskanzler Dr. Wirth an der Spitze, das sich bereit erklärte, das Ultimatum anzunehmen.

Wie bei allen großen Fragen, so lassen sich natürlich allerlei Einwendungen für Ablehnung oder Annahme des Ultimats anführen. Bei Ablehnung des Ultimats stand in sicherer Aussicht, daß das Ruhrkohlengebiet besetzt worden wäre. Es stand weiter in Aussicht, daß die Seehäfen, die wir noch besitzen, gleichfalls unter fremde Kontrolle gestellt worden wären. Oberschlesien befindet sich zurzeit in einer schwierigen Lage. Die polnischen Aufständischen haben Oberschlesien besetzt. Sicherlich hätten sie dieses nicht getan, wenn sie sich nicht vorher vergewißert hätten, daß sie bei den Franzosen keinen Widerstand finden würden. Wir wissen aus verschiedenen Nachrichten, daß von Frankreich aus sowohl Polen wie Tschechen aufgefordert wurden, weitere Gebiete in Deutschland mit besetzen zu helfen. Was das bedeutet, darüber braucht man nicht im Zweifel zu sein. Wird dagegen die Forderung angenommen, so werden damit Verpflichtungen unterschrieben, die sehr wahrscheinlich praktisch nicht erfüllt werden können. Andererseits wird jedoch eine weitere Besetzung deutschen Landes verhindert. Englische Blätter, die bislang den Friedensvertrag bekämpften, rieten deshalb zur Annahme des Ultimats, wie der „Manchester Guardian“ sagte, in der Erwartung, daß die Menschen später wieder vernünftig werden. Auch Amerika soll der deutschen Regierung den Rat gegeben haben, das Ultimatum anzunehmen. Es hat sich im Reichstag eine Mehrheit von einigen 40 Stimmen gefunden, die sich für die Annahme des Ultimats aussprach. Angesichts der schwierigen Frage haben Männer aus allen Parteien, soweit sie nicht in eine grundsätzliche Opposition sich stellen, für und gegen das Ultimatum gestimmt. Man braucht niemand zu verachten oder zu scheitern, der gegen oder für das Ultimatum gestimmt hat. Parteipolitische Heße mag es überlassen bleiben, die schwere Kollage des Landes wiederum auszumalen. Wer ehrlich die Zukunft Deutschlands will, muß sich bewußt sein, daß er nichts tun darf, um andere Menschen in ihrer ehrlichen Ueberzeugung zu verdächtigen. Meiner Ansicht nach kommt es darauf an, Deutschlands selbständige politische Existenz nicht zu gefährden. Würde das Ruhrkohlengebiet unter fremden Einfluß gelangen, so sind wir wirtschaftlich vollständig in Abhängigkeit geraten. Ist erst die selbständige Existenz Deutschlands vernichtet, so dürfte es schwer sein, sie wieder aufzurichten. Unter diesen Umständen glaube ich, kann man die Annahme des Ultimats verstehen und befürworten.

Darüber brauchen wir uns jedoch keiner Täuschung hinzugeben, daß wir in den nächsten Jahren unter außerordentlich schwierigen Umständen leben müssen. Wenn die Bedingungen, die durch das Ultimatum gestellt waren und nunmehr anerkannt wurden, erfüllt werden sollen, so ist dazu eine außerordentliche Arbeitsleistung erforderlich. Wir müssen damit rechnen, daß wir in den nächsten Jahren für mehrere Milliarden Goldmark Arbeitsleistungen verrichten müssen, denn schließlich können wir nur mit Ware bezahlen, die wir durch Arbeit schaffen. Wenn wirklich die Bedingungen erfüllt werden sollen, so müßte Deutschland eine Ausfuhrmöglichkeit bekommen, wie es selbst in Friedenszeiten nicht gehabt hat. Ob das möglich und denkbar ist, darüber läßt sich heute sicherlich etwas Bestimmtes nicht sagen. Wenn die Milliarden gezahlt werden sollen, so könnte es an

Arbeitsgelegenheit nicht fehlen. Allerdings müssen wir uns darüber klar sein, daß wir die Arbeit für fremde Völker leisten müssen und nicht den vollen Nutzen unserer Arbeit selbst beziehen.

Seit vier Jahren befindet sich Deutschland in einer schweren Krise. Als die bulgarische und österreichische Front zusammenbrach, und als im Westen gleichfalls militärische Misserfolge sich einstellten, begann die politische Krise. Sie ist bisher dauernd gewesen und von Zeit zu Zeit hatten wir eine politische Hochspannung zu verzeichnen. Immer erneute Schwierigkeiten stellten sich ein; der Zusammenbruch auf den Schlachtfeldern hatte die Revolution im Innern des Landes zur Folge. Desorganisation und Vernichtung vieler Werte im Innern waren die Begleiterscheinungen, die die Revolution mit sich brachte. Von einer Ministerkrise kamen wir in die andere. In den weitesten Kreisen machte sich eine ungeheure große Enttäuschung bemerkbar. Wohl selten ist in der Weltgeschichte ein Volk so enttäuscht worden, wie wir. Weite Kreise vertrauten auf die 14 Punkte Wilsons. Der Friedensvertrag war gerade das Gegenteil von dem, was Wilson versprochen und was weite Kreise in Deutschland erwartet hatten. Wir haben in den letzten drei Jahren mit aller Deutlichkeit die Tatsache feststellen können, daß Frankreich den Willen hat, Deutschlands politische Selbständigkeit zu vernichten. Manchmal möchte man glauben, der französische Haß kenne keine Grenzen. Daß Frankreich sich selbst in einer schwierigen Lage befindet, ist allgemein bekannt. Frankreich mag sich auch sagen, daß Deutschland bei einer anderen Weltlage doch wieder zu politischem Einfluß gelangt. Es mag damit die Wiederhergeltung fürchten. Statt nun einen vernünftigen Standpunkt zu vertreten, versucht Frankreich, Deutschland als den geschlagenen Gegner möglichst an Händen und Füßen zu fesseln, damit er sich nie wieder aufrichten kann. Wir wissen, daß die gegenwärtige politische Lage in Europa für uns ungünstig ist und müssen uns mit den Tatsachen abfinden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den ernsthaften Willen zu bekunden, die übernommenen Verpflichtungen ehrlich zu erfüllen.

Die letzten vier Jahre sind auch für die Arbeiterschaft in Deutschland außerordentlich lehrreich. Wir wissen, daß die sozialistisch orientierten Arbeitermassen früher als ihre wichtigste Aufgabe es ansahen, die staatliche Macht zu zerstören. Man gab sich der Erwartung hin, daß ein allgemeiner Völkerfrieden erreichbar sei. In den letzten vier Jahren haben wir leider die Tatsache feststellen müssen, daß wir von einem Völkerfrieden noch weit entfernt sind, ja, daß ein unglaublicher Völkerverhaß alle internationalen Beziehungen vergiftet. Wir haben einsehen gelernt, daß die politische Stellung und die Macht des Staates auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse von der allergrößten Bedeutung ist. Durch politische Macht werden uns unerfüllbare Bedingungen auferlegt; politische Macht der Gegner unterbindet uns die Entwaffnungsmöglichkeit und politische Feindschaft macht verpflichtet uns, deutsche Gebiete abzutreten und verpflichtet uns, Arbeit für andere zu leisten. Zur Verzweiflung liegt deshalb trotzdem kein Anlaß vor. Auch andere Nationen haben sich in schwierigen politischen Verhältnissen befinden und sind doch nicht untergegangen. Mehr als 60 Millionen Menschen sprechen die deutsche Sprache und fühlen sich als Deutsche. Wenn die deutsche Bevölkerung nicht gewillt ist, ihre Eigenart von feindlichen Mächten zerstören zu lassen, dann wird und kann dieses niemals gelingen. Wir wissen heute, daß alle Kreise der Bevölkerung in Deutschland in gleichem Maße unterdrückt werden. Zu allen Zeiten haben diejenigen, die sich bedrückt fühlten, sich auch enger zusammengeschlossen. Das ist auch in Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit. Nichts schadet mehr als kleinlicher Streit und Hader im Innern des Landes. Nur wenn wir zusammenhalten, wird es uns gelingen, wieder zu besseren Zeiten zu gelangen. Alle politischen Schwärmerereien, wie sie insbesondere von den Kommunisten und ähnlichen Parteien getrieben werden, schaden dem Interesse des deutschen Volkes. Für uns als organi-

sterte Arbeiter ergibt sich die Notwendigkeit, immer wieder zu betonen, daß die Interessen des ganzen deutschen Volkes gefährdet sind, und daß deshalb der innere Streit aufgehoben muß. Dann dürfen wir aus der deutschen Geschichte den Mut schöpfen, daß diese unglücklichen Zeiten vorübergehen und wieder eine bessere Zukunft in Aussicht steht.

Das Existenzminimum im April 1921

Von Dr. M. Kuczynski, Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im April 1921 niedriger als in jedem Monat seit März 1920. Billiger als im April 1920 waren vor allem Reis, Hülsenfrüchte, Fette, Schuhwerk und Kleider, teurer vor allem Brot, Kartoffeln, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise überaus verständlich nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 10mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine 12mal soviel, Brille 15mal soviel, Zucker 16mal soviel, Kartoffeln 22mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von April 1914 bis April 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 4. April bis zum 1. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis April 1921	Preis April 1914
6800 g Brot	2151	213
800 g Weizenmehl	580	32
125 g Butter	640	34
700 g Zucker	532	32
Zusammen	3903	311

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 39,03 M zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 3,11 M kaufen. Beschränkt man sich soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der mögliche Mindestbedarf für ein Kind von sechs bis zehn Jahren auf 21 M , für eine Frau auf 34 M , für einen Mann auf 46 M . (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im April 1914 für ein Kind 1,30 M , für eine Frau 2,89 M , für einen Mann 3,71 M . Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand.)

	Preis April 1921	Preis April 1914
Rationierte Nahrungsmittel	976	78
200 g Kartoffeln	340	15
250 g Speiseöl	110	11
250 g Rindfleisch	490	56
125 g Margarine	240	20
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	2048	130
1500 g Kartoffeln	165	8
50 g Öl	140	10
250 g Rindfleisch	150	13
1250 g Speiseöl	250	18
125 g Speiseöl	55	5
200 g Butter	125	10
125 g Margarine	240	20
200 g Salz	215	25
Zusammen für eine Frau	3396	289
200 g Brot	125	10
125 g Öl	300	22
125 g Margarine	240	20
200 g Salz	370	22
125 g Kartoffeln	20	8
Zusammen für einen Mann	1331	371

Rechnet man für den Kinderbedarf an Wohnung den Preis von 100 M und 100 M für Heizung ein (je nach Wohnort und für Bekleidung je nach Lebensweise), so ergeben sich als Mindestbedarf für Wohnung 9 M (1913/14: 5 M), für Heizung 16,20 M (1,15 M), für Bekleidung 6,60 M (0,5 M).

Für Heizung, d. h. für Bekleidung und Heizung von Schulkind, Kindern und Waise, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 M (2,50 M), Frau 18 M (1,50 M), Kind 9 M (0,75 M).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Unterhaltung, Heizung, Steuern usw.) sind man einen Zuschlag von 30 Prozent (1913/14: 25 Prozent) rechnen müssen. (Der Zuschlag ist gegenüber den oben genannten, mit Rücksicht auf die Ermäßigung der Einkommensteuer, von 30% auf 20 Prozent herabgesetzt worden.)

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Frau	Kind mit 2 Kindern
Erhaltung	46	32	22
Wohnung	9	9	9
Heizung, Bekleidung	23	23	23
Bekleidung	27	45	63
Zusammen	32	48	63
April 1921	137	204	281
März 1921	141	213	293
April 1920	146	279	375
August 1913 bis Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Am den Arbeitstag umgerechnet beträgt der wöchentliche Mindestbedarf im April 1921 für einen alleinlebenden Mann 21 M , für ein kinderloses Ehepaar 34 M , für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn

Jahren 47 M . Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 7100 M , für das kinderlose Ehepaar 10660 M , für das Ehepaar mit zwei Kindern 14860 M .

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum April 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 M auf 137 M , d. h. auf das 8,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M auf 204 M , d. h. auf das 9,2fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M auf 281 M , d. h. auf das 9,8fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt zehn bis zwölf Pfennige wert.

Gegen den Baustoffwucher!

Am 1. Februar hatten die baugewerblichen Arbeiterverbände eine Entschliessung an den Reichstag gerichtet, in der u. a. durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Baustoffwuchers gefordert wurden. Dazu ergreifen nun die verschiedenen Organisationen der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels in einer besonderen Eingabe an den Reichstag das Wort. Sehr entgegenkommend erklären sie: „Soweit es sich um die Bekämpfung des ausgesprochenen Baustoffwuchers handelt, können wir alle darauf gerichteten Bestrebungen durchaus unterstützen“. Sehr schön, dann aber kommt ein dickes „aber“: „Wir möchten aber keine Zweifel darüber lassen, daß die heutige Preisbemessung der Baustoffe, wie sie seitens der organisierten Baustoffindustrie und des organisierten Baustoffhandels, teilweise sogar unter Mitwirkung der Regierung erfolgt, nicht als wucherisch bezeichnet werden kann“. Die Verteuerung der Baustoffe sei ausschließlich auf die ins Maßlose gesteigerten Lohnkosten zurückzuführen.

So sind wir es ja schon immer seitens der Herren Unternehmer gewöhnt. Sie haben sich da eine ganz jamaose Ausrede geschaffen, da wir mangels statistischer Unterlagen bis heute noch nicht in der Lage sind, genau den Anteil der Löhne zu berechnen. Das wird in der letzten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ von dem Oberpräsidenten a. D. v. Batocki ausdrücklich in einer Studie bestätigt, die sehr wertvolle Fingerzeige zur Klärung dieser wichtigen Frage enthält. Wenn wir den Unternehmern auch nicht auf Heller und Pfennig den Anteil der Löhne berechnen können, so ist für uns aber die Frage nicht erledigt. Was wir und mit uns die ganze deutsche Arbeiterschaft mit eigenen Augen sehen, das genügt uns: Trostloser Klagen und des ganzen Gejamers von Unternehmerseite reichen Industrie und Handel fortlaufend die dicksten Gewinne ein.

Ein billig denkender Unternehmer dürfte doch kaum im Unklaren sein, daß die heutigen Löhne der Arbeiterschaft ein knapp a. Streichen, um die dringenden Bedürfnisse zu befriedigen. Berücksichtigung der Baustoffe durch Lohnabbau ist deshalb gegenwärtig ein Un Ding. Aber wir kennen einen anderen Weg, der besser zu dem ersehnten Ziele führt: Zurückführung der Gewinne auf ein erträgliches Maß, das ist gegenwärtig die einzige Möglichkeit, die Baustoffe zu verbilligen. Hier steht den Unternehmerorganisationen noch ein weites Feld der Betätigung offen, soweit sie mit ihrer Erklärung der Bekämpfung des Baustoffwuchers es ehrlich meinen. Setze man dort doch einmal energig gegen alle übermäßigen Gewinne vor! Setze man sich in den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften doch einmal ehrlich für den Gewinnabbau ein! Der Worte haben wir von drüben genug gehört, wir wollen auch einmal Taten sehen.

Vor uns liegt ein Auszug aus dem Bericht der Portland-Cement- und Wasserzement-Werke Mart., A.-G. in Rembeckum, also auch eines der „notleidenden“ Baustoffwerke. Aus dem Reingewinn von 1532 755 M wird auf die Stammaktien eine Dividende von 25 Prozent verteilt. Dazu erhält das Stammkapital eine Sondervergütung von 100 M pro Aktie, d. h. weitere 10 Prozent, so daß auf 2 750 000 M Stammaktien in einem Jahr 35 Prozent Dividende entfallen, d. h. es werden bare 962 500 M als Gewinn ausgeschüttet! Man sollte nun eigentlich annehmen, daß den Herren Aktionären die Sache selbst etwas peinlich wäre, und sie über einen Abbruch mit sich reden ließen. Aber weit gefehlt! Der Bericht fährt nämlich fort: Obgleich gegen Ende des Berichtsjahres die Selbstkosten weiter gestiegen waren und immer noch steigen, ist die Reichsregierung dazu übergegangen, die Verkaufspreise für Zement weiter herabzusetzen. — So ist es richtig! 35 Prozent Dividende, und dann noch gesammelt, daß die Regierung es wagen will, die Preise herabzusetzen! Solcher und ähnlicher Beispiele können wir Dutzende anführen, und für jeden, der Augen hat zu sehen, muß es klar sein, wo die Leute sitzen, die die Baustoffe eben so unberechtigt wie unmäßig verteuern!

Es ist für uns als Freunde der Arbeiterschaft durchaus nicht sehr erfreulich, immer wieder feststellen zu müssen, daß in der vorliegenden Frage von

Unternehmerseite oft genug mit vergifteten Waffen gedämpft wird. Für den Ausbau unseres armen Vaterlandes tut uns die Mitarbeit aller Volkskreise dringend not. Soll sie Erfolgreiches leisten, so ist gegenseitiges Vertrauen und Hand-in-Hand arbeiten aber Vorbedingung. Weiter Unternehmerreisen geht es dazu aber einfach am guten Willen. Einen traurigen Beweis dafür liefert ein Artikel des Zentralblattes der Deutschen Farben- und Lackindustrie „Farbe und Lack“ in Nr. 11, „Wird ein Preisabbau kommen?“ Der Artikel sieht die Grundübel der heutigen Wirtschaft darin, daß die „Verbraucher“, d. h. die Arbeiterschaft, Einfluß auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten erstreben, und daß die gleiche Arbeiterschaft das Bestreben habe, „jeden Preisabbau durch Streik zu verhindern“. Der Artikel fährt dann wörtlich fort:

„Schon die Gegenüberstellung dieser beiden Bewegungen zeigt das ganze hinterhältige und niederträchtige Verhalten der durch und durch korruptierten Arbeitnehmerschaft. Während man auf der einen Seite heuchlerisch über die hohen Preise des Lebensbedarfs jammert, schraubt man auf der anderen Seite die Forderungen immer höher und höher. Wie und wo soll da ein Preisabbau beginnen? Es ist doch klar, daß ein jeder Warenpreis von den Arbeitslöhnen und Angelegenheiten getragener ist. Welchen Einfluß die Kosten der menschlichen Arbeit auf die Ware hat, bebildere vor dem Kriege ein Volkswirt mit folgendem Beispiel: „Ein Pfund Roheisen kostet 3 Pfennige, 1 Pfund fertige Uhrfedern kostet 1500 Mark.“

Eine solche Argumentation, die jeder Laie in ihrer inneren Faehigkeit durchschauen müßte, setzt ein immerhin bekanntes Fachorgan seinen Lesern vor und verbindet damit eine schwere Beleidigung der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft. Es kommt aber noch besser. Der Artikel spricht weiter von den Verdienstausschlägen der Unternehmer, deren Abbau die Arbeiter immer verlangten und dabei wird folgendes Geständnis abgelegt:

„Man gibt es aber heute nur ganz ausnahmsweise Unternehmen, die wirklich einen Gewinn abwerfen. Die Rohstoffpreise sind dem Einfluß des Unternehmers entzogen, so bleiben also nur noch die Kosten der Bearbeitung übrig, die man herabsetzen möchte, um einen Preisabbau herbeizuführen, das sind aber eben die Arbeitslöhne. Und da deren Herabsetzung nicht beliebt ist, so wird es wohl auch kaum zu einem Preisabbau kommen, ehe eben nicht durch teilweise Zusammenbrüche der leichtsinnige Uebermut und die freche Unmaßung der Leute gedämpft wird, die sich läugerischerweise „Arbeiter“ nennen und die in Wirklichkeit die Arbeit nach allen Regeln der Kunst sabotieren.“

Zu solchen Ausführungen ist ein Kommentar eigentlich überflüssig. Soviel Frechheit und volkswirtschaftliche Dämlichkeit ist selten auf einem Holze zusammen gewachsen. Millionen deutscher Arbeiter, die in unermüdlicher treuer Pflichterfüllung ihre wertvollste Arbeit leisten, wissen heute kaum, wie sie ihre Familie gerade noch über Wasser halten sollen, und hier bekommen sie die schwersten Beleidigungen von Leuten um die Ohren geschlagen, denen es trotz der elenden Lage unseres Vaterlandes immer noch glänzend geht. Setze man sich einmal den Luxus in den Straßen der Großstadt an; die ihn treiben, sind nicht allein die Juden und „Schieber“, auf die man so gern allein die Schuld abwälzen möchte, das sind nicht zum wenigsten auch die leitenden Kreise aus Industrie und Handel. Die Lasten des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages sind bisher fast allein von der deutschen Arbeiterschaft und dem kleinen Mittelstande getragen worden und zwar bis über das erträgliche Maß hinaus. Jetzt wäre es endlich an der Zeit, daß auch die besitzenden Kreise sich ihrer Pflicht besännen! Was wir da verlangen, ist wirklich nicht viel. Zunächst einmal wirkliche Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit bei der Bekämpfung des Wuchergeistes. Das ist und bleibt eine Grundvoraussetzung für eine ersprießliche Gemeinschaftsarbeit, deren wir für den Wiederaufbau unserer niedergedrückten Wirtschaft dringend bedürfen.

Die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches bis zur Reichsfinanzreform

Die folgenden Ausführungen bilden die Einleitung einer Artikelreihe, in der die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches bis zur Gegenwart in großen Zügen behandelt werden soll. Wir hoffen, hierdurch Verständnis zu schaffen für eine klare und scharfe Betrachtung unserer gegenwärtigen finanziellen Lage. Die Redaktion.

Die Jahre 1871—1914 bedeuten eine Zeit ungeheurer wirtschaftlichen Aufschwüngen für das Deutsche Reich. Während noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts das deutsche Volk als arm be-

zeichnet werden konnte, ganz im Gegensatz zu seinen Nachbarn, besonders Frankreich und England, begann mit der Beendigung des deutsch-französischen Krieges ein Aufschwung, der uns in kurzer Zeit reich und wohlhabend werden ließ. In erster Linie waren es allerdings die besitzenden Kreise der Industrie und des Handels, die hiervon profitierten, aber auch eine dauernde — wenn auch langsame — Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft war nicht zu bestreiten. Ein äußeres Kennzeichen dessen ist in die Einrichtung und Durchführung unserer ganzen sozialen Fürsorge, der Kranken-, Invalidenversicherung usw., die nur auf der Grundlage wirtschaftlichen Aufschwunges möglich waren, und mit deren Hilfe die Lage der Arbeiterschaft doch wesentlich gebessert wurde. In Ernährung und Kleidung, kurz in der ganzen Lebenshaltung besserte sich auch vieles.

Nun sollte man annehmen, daß auch die Staatsfinanzen des immer reicher werdenden Deutschen Reiches einigermaßen geregelt gewesen wären, ganz besonders, wenn man bedenkt, daß ja von vornherein Deutschlands Finanzwirtschaft mit einem beträchtlichen Aktivposten begann. Die Ausgaben des deutsch-französischen Krieges hatten auf deutscher Seite etwa 1 1/2 Milliarden Mark betragen, die französische Kriegsschuldung betrug 5 Milliarden Mark, so daß ein Ueberschuß von etwa 3 1/2 Milliarden Mark übrig blieb, mit dem zunächst gewirtschaftet werden konnte. Die Ausgaben des Deutschen Reiches steigerten sich allerdings von Jahr zu Jahr. Während es im Jahre 1875 noch mit 396 Millionen Mark ausgekommen war, brauchte es 1913 bereits 2609 Millionen Mark, d. h. in 40 Jahren eine Steigerung um 500 Prozent, demgegenüber sich die Bevölkerung nur um 27 Prozent vermehrte.

Wesentlich beeinflusst wurde diese Gestaltung durch die Erhöhung der Ausgaben für unsere militärische Rüstung, für Heer und Flotte; aber auch anderweitige Aufgaben des Reiches, wie die Vertretung nach außen erforderten erhöhte Ausgaben.

Welche Deckungsmöglichkeiten standen nun hierfür zur Verfügung? An und für sich alle, die überhaupt für das Finanzwesen eines Staates in Frage kommen, d. h. Zölle, Steuern, Erwerbseinkünfte, und — Deckung der Ausgaben durch Schuldenmachen. Diese Wege sind auch im Deutschen Reich beschritten worden, wie das werden wir sogleich untersuchen. Daneben finden wir noch eine Besonderheit, die sogenannte Matrifularbeiträge, die eine Besteuerung der Bundesstaaten durch das Reich darstellen.

Durch diese Matrifularbeiträge sollten die Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Kopfzahl an den Reichsausgaben beteiligt werden. Sie durften nur dann erhoben werden, wenn der Reichstag sie bewilligt hatte, wodurch man ein sicher wirkendes Mittel gegen eine budgetlose Regierung zu haben vermeinte, d. h. gegen eine Regierung, die ohne den Willen der Volksvertretung in Amt blieb. Im Laufe der Entwicklung wurden die Matrifularbeiträge jedoch immer bedeutungsloser, denn seit der Frankfurter Klausel vom Jahre 1878 mußte den Bundesstaaten der Betrag der Zölle und Tabaksteuer, der 130 Millionen Mark jährlich überstieg, auf ihre Matrifularbeiträge verrechnet werden, so daß in Paris die Beiträge der Bundesstaaten zu den Reichsausgaben fast ganz verschwanden, ja zeitweise das Reich den Bundesstaaten mehr zurückzahlte, als diese an Matrifularbeiträgen an das Reich abgeführt hatten. Dazu kam das dauernde Streben der Bundesstaaten nach Begrenzung und auch nach Stundung der Beiträge. Im Jahre 1906 wurden die Beiträge auf 40 Pfg. pro Jahr und Kopf der Bevölkerung festgelegt, im Jahre 1909 zwar auf 80 Pfg. erhöht, dafür aber die bisherigen Schulden an Matrifularbeiträgen den Gliedstaaten geschenkt. Bestrebungen, die Matrifularbeiträge zu vermindern, d. h. auf Grund der Festsetzungen und Veranlagungen zum Wehrbeitrag sie von der Form der hohen Kopfsteuer zu einer Vermögenssteuer fortzubilden, wurden 1913 vom Reichstag abgelehnt.

Die Hauptquellen des Reiches waren, wie oben erwähnt, die Zölle, Steuern und Erwerbseinkünfte. Die Einnahmen aus Zöllen stießen ja vollständig dem Reich zu und bildeten einen sehr erheblichen Teil seiner gesamten Einnahme. Durch Zoll- und Handelsverträge, die zur Hebung unserer wirtschaftlichen und industriellen Lage sicherlich viel beigetragen haben, schrumpften diese Einnahmen jedoch bedeutend zusammen, ohne daß die dadurch erreichte Verbesserung im wesentlichen den Reichsausgaben zugute kam. — Auch die Erwerbseinkünfte lieferten bedeutende Aktivposten im Reichsetat dar. Es war da vor allem die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die jährlich einige Hundert Millionen Mark an Ueberschüssen abwarf, und dann die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Etatsloshaltungen, die einige Duzend Millionen Reinertrag brachte. Alle diese Einnahmeposten reichten aber selbstverständlich nicht aus, um den dauernd steigenden Finanzbedarf des Deutschen Reiches zu decken. Auch das Mittel der Besteuerung mußte mit herangezogen werden. Das aber versagte in einer verheerenden Katastrophe. Die Schuld

Am 21. Mai ist der einundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

daran trug vor allem die Konkurrenz der Gliedstaaten.

Ursprünglich sollte das Reich zu Gunsten der Bundesstaaten keine direkten Steuern, d. h. Steuern vom Einkommen oder Vermögen erheben. Jedoch nahm der Reichstag diese Bestimmung nicht an, sondern billigte dem Reich auch grundsätzlich direkte Reichsteuern zu, die jährlich vom Reichstage zu bewilligen wären. Praktisch ist diese Bestimmung allerdings nicht durchgeführt worden. Der mächtige Einfluß der Gliedstaaten, besonders Preußens, hat das verhindert.

Der Reichstag war bekanntlich nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gewählt, was ein Ueberwiegen der Interessen der breiten minder-mittelsten Schichten im Reichstage zur Folge hatte. Die Parlamente der Bundesstaaten waren dagegen meist nach dem Dreiklassenwahlrecht seitigen Angebots gewählt, wodurch eine ganz überwiegende Vertretung der Geldinteressen in den Landtagen zustande kam. Die Verfügung über die direkte Belastung des Besitzes wollte man hier unter keinen Umständen aus der Hand geben. Die Einzelstaaten beanspruchten nun die Steuerquelle der direkten Steuern für sich, dem Reich blieben also nur die indirekten Steuern, d. h. die Verbrauchsabgaben übrig.

Grundsatz einer gerechten Besteuerung ist nun, den einzelnen Steuerzahler möglichst nach Maßgabe seiner finanziellen Leistungsfähigkeit zu treffen. Deshalb lehnte man schon in früheren Zeiten eine einfache Kopfsteuer ab und ersetzte sie durch eine progressiv gestaffelte Steuer nach dem Vermögen, d. h. daß der Reichere verhältnismäßig schwerer belastet wurde, als der Unbemittelte. Dieser allgemein anerkannte Grundsatz einer gerechten Steuer- verfassung wird nun völlig durch die indirekte Besteuerung durchbrochen. Denn Verbrauchsabgaben von den Gegenständen des täglichen Bedarfs, wie Zucker, Salz, Leuchtmittel und dergleichen wirken nicht progressiv, sondern regressiv, d. h. hierdurch wird nicht der Besitzende, sondern die breiten Schichten, besonders die Kinderreichen, unverhältnismäßig schwerer getroffen. Wir sehen heute in all diesen Dingen klarer als früher, wir haben jetzt ja am eigenen Leibe die Erfahrung gemacht, daß die Besteuerung notwendiger Bedarfsartikel, die ja stets erhöhte Lohnforderungen nach sich zieht, ein Element der Unsicherheit in die ganze Volkswirtschaft hineinträgt, ein Zustand, der für ein so kompliziertes Gebilde, wie es die Wirtschaft eines großen Volkes ist, nur höchst unerwünscht sein kann und zu großen Bedenken grundsätzlicher Art Anlaß geben muß. Das Reich war nun mangels des Vorhandenseins anderer Steuerquellen zur Deckung seiner stetig steigenden Ausgaben ganz besonders auf diese Abgaben von den Gegenständen des täglichen Bedarfs angewiesen.

Demgegenüber hatten die Gliedstaaten die vorzüglich funktionierenden extrareichen und sehr beweglichen Quellen der direkten Besteuerung, die sie grundsätzlich nicht aus der Hand geben wollten. In den Einzelparlamenten sorgten schon die dort überwiegenden Vertreter des Kapitalbesitzes, daß die Einkommensteuer nicht zu hoch und drückend wurde. So ist man denn praktisch in Preußen nie über den Satz von 4 Prozent hinausgegangen, der die höchsten Einkommen über 100 000 M traf, also eine ganz geringe Besteuerung, wenn wir heute an den 10 prozentigen Lohnabzug denken, der von dem motorisch zum Lebensunterhalt Nötigen gemacht wird.

Seitens weiter Parteikreise des Reichstages wurde die ganze Finanzverfassung von Reich und Einzelstaaten scharf kritisiert, die doch letztlich darauf hinauslief, die ergiebige Steuerquelle des Einkommens fast ungenützt zu lassen und dafür die volkswirtschaftlich sehr bedenklichen indirekten Steuern zu gebrauchen, also den Besitzenden zu schonen und die Last der breiten unbemittelten Schichten auf das äußerste anzuspinnen. Doch alle Hinweise und Ermahnungen fruchteten nichts, die einseitige Interessenpolitik der beteiligten Kreise jagte die Reichsfinanzen in einer Zeit großartiger wirtschaftlichen Aufschwunges immer tiefer in das Elend hinein.

Allgemeines

In Fragen des Lohnabzuges herrscht in weiten Kreisen noch immer Unklarheit. So wird uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß für Tage, an denen nicht gearbeitet wurde (z. B. Regentage), der steuerfreie Einkommensteil nicht beachtet wurde. Wurden also in einer Woche nur vier Tage gearbeitet, so blieben auch nur viermal vier Mark = 16 M abzugsfrei. Das ist aber falsch. Nach den vorläufigen Ausführungsbestimmungen und den für den Steuerabzug vom Reichsfinanzministerium bisher im Verordnungswege geschaffenen

Richtlinien heißt es: „Als Arbeitnehmer befristungslos gesehen (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik usw.), so sind bei der nachfolgenden Lohnzahlung die abzugsfreien Beträge auch für die arbeits- und lohnlosen Arbeitstage seit der vorausgegangenen letzten Lohnzahlung oder gegebenenfalls seit dem Beginn des jeweiligen Arbeitsverhältnisses, immer aber nur für die Dauer dieses Arbeitsverhältnisses anzurechnen“; daraus ergibt sich mit voller Klarheit, daß auch bei nur vier tägiger Wochenarbeit (z. B. 4 mal vier Mark = 16 M abzugsfrei bleiben. Bei anderer Handhabung ist somit von den Kollegen Einspruch zu erheben. — Ebenso herrschen Mißverständnisse über den nach Maßgabe der Kinderzahl freizulassenden Wohnteil. Vielfach wird behauptet, daß unter minderjährigen Kindern, für die pro Tag 6 M vom Lohn steuerfrei bleiben, nur erwerbsunfähige zu verstehen wären. Auch diese Auffassung ist falsch. Das Gesetz hatte da eine Unklarheit gelassen, die jedoch durch eine amtliche Bekanntmachung vom 30. März 1921 beseitigt ist. Darin heißt es: „Der dem Steuerabzug nicht unterworfen Teil des Arbeitslohnes erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen um 6 M für den Tag“ usw. Somit bleiben für jedes unter 21 Jahren alte Kind — gleichgültig, ob es selbst verdient oder nicht — 6 M pro Tag resp. 36 M pro Woche oder 150 M pro Monat vom Lohn steuerfrei.

Sozialismus und Kapitalismus. In einer soeben erschienenen Broschüre: „Sozialdemokratie und Sozialisierung“ (Berlin 1921, Zirkverlag) schreibt der Mehrheitssozialist Dr. Paul Jensch zum Schluß:

„Eine völlige Ausschaltung des Kapitalismus ist für absehbare Zeit unmöglich. Für die nächste Zukunft gebrauchen wir gerade jene Seite des Kapitalismus, die historisch seine größte Stärke darstellt: die Hebung der Produktivkraft der Arbeit. Sie ist neben der neuen sozialen Bestimmung das Unentbehrliche, was wir brauchen. Ob irgendeine „Vollsozialisierung“ heute und diese absolut notwendige Steigerung in der Ergiebigkeit der nationalen Arbeit bieten kann, steht ganz und gar nicht fest. Durch ein Dekret läßt sie sich nicht schaffen.“

Sie ist aber die Voraussetzung nicht bloß für unser wirtschaftliches Erfortern, sondern auch für jede denkbare sozialistische Gesellschaftsordnung. Bisher galt es wenigstens in der sozialistischen Theorie als selbstverständlich, daß der Sozialismus nur aus dem Konflikt zwischen Produktionsweise und den Produktionskräften hervorgehen könne. Davon kann jetzt keine Rede sein, schon weil die Produktivkräfte schwer daniiederliegen. Da gilt es zunächst, sie wieder zum Leben zu bringen. Das ist der tiefere Sinn jenes naiven Schlagwortes: Nur die Arbeit kann uns retten, oder das ändern: Sozialismus ist Arbeit. Ein neuer Kapitalismus entsteht. Nicht eine Wiederholung des alten Privatkapitalismus. Mag man ihn Sozialkapitalismus oder sonstwie — man denke an das Wort: Sozialimperialismus! — nennen, wenn das nackte Wort Kapitalismus zu kalt klingt. Es ist Voraussetzung zugleich für die unentbehrliche gewaltige Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wie der geistigen sozialen Erneuerung unseres Volkes. Seides bietet für den „Vollsozialismus“ erst die unentbehrliche Grundlage.“

Jensch hält demgemäß die von sozialdemokratischer Parteiseite als vorhanden bezeichneten Voraussetzungen für eine Vollsozialisierung noch nicht gegeben. Auch der Kapitalismus ist nach ihm durchaus noch nicht zusammengebrochen und auch für die Zukunft technisch durchaus nicht zu entbehren. Was wir brauchen, — und darin ist Jensch durchaus zuzustimmen — das ist eine geistige Erneuerung unseres Volkes in allen seinen Teilen, die zwischen Kapital und Arbeit verührende Brücken schlägt und so die Vorbedingung schafft für die Erringung unseres Ziels, der christlichen Gemeinwirtschaft!

Die Eröffnung der Akademie der Arbeit. Im Beisein von fast 100 Jhoren und einer Anzahl geladener Gäste wurde am 2. Mai in Frankfurt a. M. die Akademie der Arbeit, die erste Arbeiterhochschule Deutschlands, eröffnet. In feinen Begrüßungsworten wies der Leiter der neuen Anstalt, Privatdozent Dr. Rosenstock, auf den Zweck und die Ziele der Akademie hin. Der Vertreter der Staatsregierung, Kultusminister Dr. Becker, der an dem Jubiläum des Reiches persönlich einen sehr bedeutenden Anteil hat, gab namens der preussischen Regierung die Versicherung ab, daß auch die neue Regierung der jungen Anstalt jede mögliche Unterstützung zusammen lassen werde. Oberbürgermeister Voigt begrüßte das neue Unternehmen namens der Stadt Frankfurt und Geheimrat Schönlank brachte die Grüße und Wünsche der Frankfurter Universität zum Ausdruck. Für die freien Gewerkschaften und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sprach Stadtdirektor Thomas, namens des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach Kollege Juretsch, Köln. Wenn auch nur ein Teil der guten Wünsche, welche der jungen Arbeiterakademie mit auf den Weg gegeben wurden, sich erfüllt, dann wird die junge Anstalt bald eine führende Stellung auf dem Gebiete der Volkserziehung einnehmen.

Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiter, ihre Möglichkeiten zu tun, um die durch den Krieg verursachten Schäden zu beseitigen, wurde schon des Öfteren betont. Auf den verschiedenen internationalen Konferenzen der christlichen Gewerkschaften ist den ausländischen Freunden nie ein Wort daraus gemacht worden, daß auch die christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu ihrem Teil bereit sind, insbesondere daran mitzuwirken, daß sobald wie möglich wieder in den vom Krieg zerstörten Gebieten normale Verhältnisse geschaffen werden. Seit es dabei betont worden, daß es der deutschen Arbeiterschaft nur erwünscht sei, wenn ihr Gelegenheit gegeben werde, deutsche Arbeiter in den zerstörten Gebieten einzusetzen. Die

sozialistischen Gewerkschaften haben den gleichen Standpunkt vertreten. Ihr internationaler Gewerkschaftsbund, der sich auf seiner letzten Konferenz in Amsterdam mit der Frage beschäftigte, kam zu dem Beschluß, den Regierungen der Welt und Belgien zu empfehlen, Sachleistungen zum Wiederaufbau von Deutschland zu fordern und deutsche Arbeitskräfte dem Wiederaufbau nutzbar zu machen. In Anlehnung an die Amsterdamer Beschlüsse hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der deutschen Regierung eine Reihe von Vorschlägen für den Wiederaufbau der zerstörten französischen und belgischen Gebiete gemacht.

Reichsminister Dr. Simons hat bereits Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß in den neuesten Beschlüssen der deutschen Regierung an die Alliierten die Forderungen der Arbeiterorganisationen Berücksichtigung gefunden haben. Ob dem Wunsche der Arbeiter, die Forderungen nicht, hängt letzten Endes vom Verhalten Frankreichs ab. Die französischen Kapitalisten möchten sich den Gewinn, den sie aus der Wiederaufbauarbeit erhalten können, nicht entgehen lassen. Sie sträuben sich daher gegen die deutschen Sachleistungen. Andererseits bestreuen die französischen Chauvinisten, daß durch die Beschäftigung zahlreicher deutscher Arbeiter die nationalpolitische Stimmung in Frankreich gebührend wird und ihre politischen Geschäfte dadurch gefördert werden.

Rus Der Gesamtbewegung

Fortschritte in Oesterreich. In den einzelnen Bundesländern Oesterreichs rührt sich die christliche Arbeiterbewegung aufs Neue. In Steiermark wurde zum ersten Zusammenhauß von katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen und den christlichen Gewerkschaften der steirische Arbeiter- und Angestelltenbund gegründet. Am ersten Bundesstag in Graz nahmen 54 Vereine teil, die 11.500 Mitglieder vertraten. Das Landesstatut der christlichen Gewerkschaften zählt bereits 6000 Mitglieder. Die Satzung nahm ein Referat über den Ausgang der Arbeiterkammerwahl von Stadtrat G. Herzog entgegen. Das Referat über den Arbeiter- und Angestelltenbund erbat die Gewerkschaftsleiter J. Seefriedner. Zum Obmann des Bundes wurde Nationalrat Christian Hiesler gewählt. In Wien wurde die „Christliche Gewerkschaft der in öffentlichen Diensten stehenden Angestellten“ gegründet. Es handelt sich um die Organisation der Staatsbeamten. In Steiermark ist bereits ein Landesverband dieser Gewerkschaft in Gründung.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Münster

Eintrag. Eine recht eigenartige Auffassung über die Bedeutung der Tarifverträge äußert die Tiefbauunternehmung Gebr. Echterhoff, Witten i. S., zu haben, auf der wir uns an dieser Stelle schon öfter beschäftigt haben. Die Firma führt in der Gemeinde Witten i. S. einen Bergbau aus. Diese Arbeit fällt unter den Vertrag für das Tiefbaugewerbe. Der Tariflohn beträgt pro Stunde 1,50 M. Die Firma ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes, also verpflichtet, den Lohn zu zahlen. Sie zahlt aber nur 1,20 M. mit dem Vermerk, die Arbeit sei so billig ausgefallen, daß ein höherer Lohn nicht möglich war. Als alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft waren, schickte das Personal in Höhe unter Vorzug des Herrn Dr. Juchacz einen Spruch dahingehend, daß der Tariflohn zu zahlen sei.

Die Firma hat von Seiten des Herrn Gebr. Echterhoff eine rechtliche Einschätzung der Arbeiter ein. Aus dem wichtigsten Aufsatze wählten dieselben Herrn Dr. Juchacz als Sachverständigen. Der Sachverständige wurde trotz des Schiedspruches nicht bezahlt, sondern den Arbeitern gegeben, wenn sie den Lohn haben wollten. Sagte Herr Gebr. Echterhoff, würden sie sofort entlassen, und er würde dafür sorgen, daß sie keine Arbeit wieder bekommen. Als trotz Tarifvertrag ein Diktator der Firma mit Drohung mit Vertreibung: Die Arbeiter haben den Lohn nicht bekommen, und wenn sie nicht kommen, so ist es der Organisation. Diese aber wird gegen die Firma kein die nötigen Schritte unternehmen, um ihr Lohn zu zahlen. Das Tarifverträge nicht beschließen, sondern auch gegeben werden müssen. A. W. W.

Bezirk Saarbrücken

Ernt. Das Bezirkskomitee Siles hat am 21. Januar einen Schiedspruch gefällt, wonach der Tariflohn von 10 Pf. pro Stunde aufgehoben wurde. Auch wurde entschieden, daß die Arbeiter zum Lohn von 10 Pf. für die ersten 10 Stunden im Monat verpflichtet sind. Der Arbeitgeberverband hat sich dagegen ab mit der Begründung, daß er 1. nicht Mitglied des deutschen Arbeitgeberverbandes ist, sondern Mitglied des französischen Arbeitgeberverbandes, 2. hat er nicht rechtzeitig geladen und 3. ist in der Tat alles billiger geworden. Siles hat die Forderung, daß die Arbeiter zu den letzten Stunden Deutschlands gehen. Wiederholte Vorstellungen beim Arbeitgeberverband haben erfolglos. Verhandlungen sind nun überhaupt nicht mehr. Jegliche Forderung wird zurückgewiesen und damit ist für die Arbeiter die Sache erledigt. Am 6. April erhielten wir ein Schreiben, in dem es heißt: In der gestrigen Mitgliederversammlung ist die Forderung eines weiteren Lohnschiedspruches einstimmig beschlossen worden und zwar einstimmig in geheimen Abstimmung.

Der gemeinsame Vertreter-Saarländischer und Bundesdeutscher Gewerkschaftsbund hat am 28. April in der Frage Stellung und beantragt die Organisationsleistungen, die erforderten Maßnahmen zu treffen. Derselben Vorgang schloß sich auch die tags darauf stattgefundene Mitgliederversammlung an.

Die Unternehmer und das städtische C. W. wurden gesperrt. Sofort kam ein Einschreibebrief folgenden Inhalts: „Seltend Ihres Verbandes bzw. von Ihnen ist über verschiedene Betriebe und Baustellen die Sperre verhängt bzw. ein Totalstreik angeordnet worden. Wir machen Sie nachdrücklich darauf aufmerksam, daß dieses Vorgehen einen Bruch des bestehenden Tarifvertrages darstellt und selbstverständlich unsererseits entsprechende Maßnahmen hervorgerufen muß. Wenn daher die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, sind unsere Mitglieder leider geblieben, am Freitagabend den sämtlichen Bauarbeitern zu kündigen. J. A. Der Vorsitzende Probst.“ In einer Erklärung in der Presse schreibt sie, das Vorgehen der Gewerkschaftsleiter bedeute einen Tarifbruch und nötige die nicht betroffenen Bauunternehmer einmütig aus Gründen der Solidarität sämtlichen Bauarbeitern aufzukündigen, falls nicht bis zum Freitag die Arbeit wieder aufgenommen würde. Diese bei der jetzigen Zeit doppelt bedauerliche Maßregel wäre dann dem Vorgehen der Gewerkschaftsleitungen zuzuschreiben. — Kommentar dazu überflüssig.

Die Drierer Bauarbeiter trafen aber nicht auf den Feind, den die Herren Unternehmer gebraut hatten, sondern nahmen in einer Versammlung am 4. Mai nachstehende Resolution einstimmig an.

„Die am Mittwoch im großen Saal der Bavaria stattgefundene stark besuchte Mitgliederversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den in der Öffentlichkeit verbreiteten Behauptungen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Gegen den Inhalt des Einschreibebriefes, den der Arbeitgeberverband an die Geschäftsstelle geschickt hat, protestieren wir. Gleich derselbe doch mehr einer Provokation, als dem Produkt einer Verständigung. Nicht die Führer, sondern die Organisationen haben die eingetretene Maßnahmen getroffen. Die Verantwortung trägt einzig und allein der Arbeitgeberverband durch sein Verhalten, weil er den Bauarbeitern ein ihnen seit Monaten zuteilendes Recht weigert. Den Vorwurf des Tarifbruches weisen wir entschieden zurück. Auch die Androhung der Aussperrung kann unsere getroffenen Maßnahmen nicht ändern. So lange der Arbeitgeberverband unser Recht nicht voll anerkennt. Im Gegenteil sind wir bereit, den Organisationsleitungen weitere Vollmachten, die zur vollen Durchführung des Kampfes notwendig werden, zu erteilen. Wir erklären feierlich, daß wir mit unseren Führern einig gehen und uns durch keinerlei Machinationen des Arbeitgeberverbandes beirren lassen.“

Dieses einmütige und geschlossene Vorgehen brachte vollen Erfolg: Am Freitag, den 6. Mai, fanden auf der Regierung unter dem Vorsitz des Regierungsrates Frey Verhandlungen statt, mit dem Ergebnis, daß ab 30. April die Löhne um 10 Pf. pro Stunde erhöht werden. Die Löhne der Maurer betragen somit 7,60 M. und die der Hilfsarbeiter 7,50 M. Auch wurde von den Arbeitgebern die Erklärung abgegeben, daß sie sich jetzt dem rheinischen Arbeitgeberverband anschließen werden, „was für die Bauarbeiter ein besonderes Entgegenkommen bedeutet.“ In einer Versammlung am 7. Mai wurde dem Resultat zugestimmt und beschlossen, die Sperren aufzuheben, ebenso die Arbeit am 9. wieder aufzunehmen.

Solche Lehren müssen wir aus dieser Bewegung ziehen? Nur eine gute schlagfertige Organisation ist im Stande, selbst in Zeiten des Lohnrückganges volle Erfolge zu erzielen. Ohne machtvollen Zusammenhauß hätten wir nicht nur keine 10 Pf. erhalten, sondern in einigen Wochen wären die Herren sogar noch mit Lohnsenkungen gekommen. Ähnlich dem Muster der Saarbrücker Bergbauindustrie und der uns benachbarten Luxemburger Schmelz- und Hüttenindustrie. Sollte Arbeit nicht überdies in unseren kollektiven Pfad greifen. Unser Verband hat nicht nur in diesem schweren Kampfe, sondern in allen früheren Bewegungen und Kämpfen bewiesen, daß durch ihn die Interessen der Drierer Bauarbeiter voll gewahrt werden. Mit Stolz können wir sagen, daß wir in den vorderen Reihen gestanden und erreicht haben, daß die Löhne der Drierer Bauarbeiter zu den besten in ganz Deutschland zählen. Darum auf zur Tat, zur weiteren Stärkung der Organisation! S. S.

Bezirk Oadern

Schied. In die Verhandlungen mit den Unternehmern in Altdorf zu keiner Einigung geführt hatten, fand hier am 21. April eine Versammlung statt, um zu der ungeschickten Lage Stellung zu nehmen. Nach einem Bericht des Bezirksleiters, Kollegen Berner aus Oadern, über die Altdorfer Verhandlungen erklärten die Kollegen, in den Streit treten zu wollen. Darauf wurde das Streitregiment vertieft und mit Stimmgewinn abgestimmt. Das Ergebnis lautete einstimmig: Streik als Sanktion, werden jedoch die Kollegen Anton Gomb, Wilhelm Webers und J. S. Fehle gewählt. Nach einigen anerkennenden Worten des Kollegen Berner wurde die Versammlung geschlossen.

Polier-

und Schachtmeisterbewegung

Zeitzberg. Am 7. Mai fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, die von 1. Vorsitzenden mit herzlichem Worten der Begrüßung eröffnet wurde. Es wurden wiederum 5 neue Kollegen aufgenommen, so daß wir jetzt 93 zahlende Mitglieder haben. Die Differenz mit dem letzten Adressbuch, das fast alle Poliere gegen ihre Angaben als Vorarbeiter bezeichnet hat, soll weiter verfolgt werden. Zur Produktivitätssteigerung erklärten einige weitere Kollegen durch Eintragung ihren Beitritt. Darauf hielt der Vorsitzende ein längeres Referat über den Gang unserer Bewegung. An Hand der geschichtlichen Entwicklung wird er überzeugend nach, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung eine dringende Notwendigkeit

ist. Klare Stellung zum Sozialismus mußte von uns herein genommen werden, um so die dringende Notwendigkeit einer neutralen Bewegung zu schaffen. Der Anstoß des Bundes an die freien Gewerkschaften habe auch die Verband des neutralen Charakters entfallen. Eine Stellung gegenüber der Religion sei damit eindeutig. Daran ändern auch örtliche Beschlüsse und Beschlüsse der Poliervereine gar nichts, die erklären, wirklich neutral zu sein und zu handeln, das ist nur ein Beweis, daß es noch immer Kollegen gibt, die nicht einsehen, was mit ihnen gespielt wird. Nach einem Hinweis auf die jüngste Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, besonders der „Angestellten- und Beamtenorganisationen“, wurde mit einem kräftigen Appell zur Mitarbeit für unsere Reichsvereinigungen die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Verbandsnachrichten

Sitzgandortmund. Am Samstag, dem 30. April, fand im Versammlungslokal Speyer unsere Monatsversammlung statt. Nach einem Bericht über die Drierer Bezirkskonferenz vom 10. April nahm unser Vorsitzender, Kollege Frey, das Wort zu seinem Vortrage über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nach der Revolution: Die gesamte Gewerkschaftsbewegung sei durch die Putz- und wilden Streiks in Mißkredit gebracht worden. Den Erfolg dieses Radikalismus habe vor allem der Kapitalismus eingeheimst, der heute festere denn je auf den Beinen stehe. So arbeiten sich sozialistischer Materialismus und extremer Kapitalismus gegenseitig in die Hand; ein Wunder ist das nicht, sind sie doch Kinder desselben Geistes. Das Ueberhandnehmen dieser Strömungen muß unweigerlich zum Ruin der Arbeiterkassen führen. — Wenn wir hieraus eine Lehre ziehen wollen, dann ist es die, so kräftig wie möglich für die Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Der alte Gewerkschaftsgeist aus dem Anfangsstadium unserer Bewegung muß wieder zu neuem Leben erweckt! Regelmäßiger Besuch der Versammlungen, eifriges Lesen des Verbandsorgans ist mehr denn je Pflicht eines jeden Kollegen, der sich schulen will, den Gegnern Rede und Antwort zu stehen. Besonders empfahl der Referent, nach den Anregungen der Agitationsnummer der „Baugewerkschaft“ mit Macht an die Frühjahrsagitation heranzugehen. Wenn jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tut, dann wird auch der Erfolg nicht fehlen zum Segen einer geordneten Wirtschaft im deutschen Vaterlande! — Lebhafter Beifall und eine ausgiebige Diskussion belohnten den Kollegen Frey für seine Ausführungen. Nachdem dann noch der Pflichten der Verbandsorgane Erwähnung getan war, schloß der Vorsitzende die anregende Versammlung mit dem Wunsche, das Gehörte nun auch in die Tat umzusetzen.

Bücherchau

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn und Gehalt nach dem neuesten Stande ab 1. April 1921 und die Veranlagung des Arbeitseinkommens aus dem Kalenderjahr 1920 mit praktischen Beispielen von Obersteuersekretär Albert Hornauer im Reichsfinanzministerium. (Verlag Reinhold Kühn, Berlin, Kochstr. 5.) Diese soeben erschienene Schrift behandelt auf nur 36 Seiten in eingehender Weise das Lohnabzugsverfahren mit großer Sachlichkeit, so daß das Lesenswerte Werk ein erwünschtes Hilfsmittel für jeden Beteiligten sein wird. Wir können den Bezug des Heftes zur alseitigen Benutzung aufs wärmste empfehlen. Beim Bezug von mehr als 50 Stück tritt eine wesentliche Preisermäßigung ein. Das Heft kostet im Einzelbezug 1,50 M., bei mehr als 50 Stück dagegen nur 1 M.

Bekanntmachung

Mitteilung

Das Bureau der Verwaltungsstelle Kaiserlautern befindet sich ab 10. Mai 1921 in Kaiserlautern, Pariser Straße 16.

Alle Ansuchen, Anfragen, Briefe und Bestellungen sind von jetzt ab an obige Adresse zu richten.

Carl Weber.

Esterbetafel.

Am 28. März starb unter langjähriges Mitglied der Maurer Heinrich Siller infolge eines Gallenleidens.

Verwaltungsstelle Barmen.

Am 10. April starb unser neues Mitglied Peter Bremer an Lungenerkrankung

Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Am 18. April starb unser treuer Kollege Bernhard Schüller, Salsbedde, infolge Lungenerkrankung im Alter von 20 Jahren.

Verwaltungsstelle Hamm i. W.

Am 20. April starb an Lungenerkrankung unser lieber Kollege Josef Lang.

Ortsgruppe Bruttig.

Am 26. April starb an einem Herzleiden unser lieber, treuer Kollege, der Maurer Gerhard Jakob im 51. Lebensjahre.

Ortsgruppe Elche.

Ehre ihrem Andenken!